

«Cassis hätte längst zurücktreten müssen»

Der Schweizer Aussenminister verliere den Kontakt zur Wirklichkeit, sagt Georges Martin, frühere Nummer drei im Aussendepartement. Seine einstigen Diplomatenkollegen bezichtigt er, ihren Beruf verraten zu haben. Hoffnung machen ihm Donald Trump und Viktor Orbán.

Rafael Lutz

Georges Martin, *grand homme* der Schweizer Diplomatie, hat einen langen Weg hinter sich. Aufgewachsen im katholischen Wallis, flüchtete er früh ins protestantische Lausanne. Dort träumte er von der Revolution. Und landete im Aussendepartement (EDA), wo er eine Glanzkarriere auf den Teppichetagen der Macht hinlegte. Zuletzt diente Martin, der Botschafter in Indonesien und Kenia war, dem Ex-Aussenminister Didier Burkhalter (FDP) als stellvertretender Staatssekretär. In seinem Buch «Une vie au service de mon pays» beschreibt er seinen ungewöhnlichen Weg. Heute ist sich der Ex-Botschafter, der 1992 noch für den EWR-Beitritt kämpfte, nicht zu schade, radikale Kritik an der EU zu äussern. Die *Weltwoche* sprach mit ihm über sein Leben, die Irrwege der Schweiz, die gefährliche geopolitische Grosswetterlage und die zunehmende Unzufriedenheit im EDA.

Weltwoche: Herr Martin, was hat Sie dazu bewogen, eine Autobiografie zu schreiben?

Martin: Schreiben hat mir schon immer Freude bereitet. Ich wollte ursprünglich Journalist werden. Als Diplomat kannst du froh sein, wenn zwei Personen in der Verwaltung deine Notizen lesen. Das ist nicht sehr befriedigend. Jetzt einfach zu schweigen, ist für mich keine Option. Ich sehe mich als eine Art Zeuge.

Weltwoche: Angefangen hat alles in Chamonson. Einer Gemeinde im Wallis, die bekannt ist für den Johannisberg-Weisswein. Eine Ortschaft aber auch, die Ihnen früh zu schaffen machte. Sie wollten raus, in die weite Welt. Der mondäne Weltbürger, geboren in der Provinz.

Martin: Während meiner Jugend in Chamonson kam es mir vor, als ob die Welt vor den Toren des Nachbarortes endete. Ich fühlte mich wie ein Gefangener. Wer in der Primarschule lernte, der wurde in der Pause von den älteren Schülern verprügelt. Mein Pech war: Ich liebte es, zu lernen.

Weltwoche: Sie flüchteten in ein katholisches Internat. Doch mehr als das Leben dort interessierte Sie, was in Paris vor sich ging.

Martin: Die Proteste prägten mich stark. Ich näherte mich der extremen Linken an. Das war der natürliche Weg eines jungen Menschen,



«Das Ganze nimmt paranoide Züge an»: Staatsmänner Cassis (l.), Selenskyj.

der zu Beginn der 1950er Jahre geboren wurde. Die Welt befand sich in einem tiefgreifenden Wandel. Wie so viele war ich begeistert von dieser Bewegung, die sich gegen die rigiden Vorstellungen der bürgerlichen Welt unserer Eltern auflehnte. Diese Welt empfanden wir als Zwangsjacke – auch im katholischen Internat, das ich damals besuchte. 1968 gab uns die Möglichkeit, alles über Bord zu werfen. Ich war ein Revolutionär ohne Revolution, wie mein Kollege Jean-Pierre Vettovaglia im Vorwort meines Buches schreibt.

Weltwoche: Später gelangten Sie ins protestantische Lausanne. Ihr zweiter «Fluchttort». Lausanne bedeutete ein Bruch mit Ihrer Herkunft. «Tuer le père» nannten Sie das. Ein Akt der Rebellion.

Martin: Ich studierte Politologie. Während des Studiums sah ich mich als Revolutionär. Es waren schöne Jahre an der Universität. Ich hatte Spass. Doch dann rief der Ernst des Lebens. Von der Revolution kann man nicht leben. Nach

«Das Wichtigste ist: Als Botschafter muss man für seine Landsleute da sein.»

dem Studium musste ich einen Job finden. Auf den Beruf des Diplomaten stiess ich dank eines Familienangehörigen. Der Beruf ermöglichte es mir, die Welt zu bereisen. Das reizte mich.

Weltwoche: Nach dem Studium wurden Sie rasch mit politischen Realitäten konfrontiert. Als Botschafter und hochrangiger EDA-Mitarbeiter haben Sie viel Bewegendes erlebt. Was waren für Sie die prägendsten Erlebnisse?

Martin: Den Bombenanschlag 2002 auf Bali werde ich nie vergessen. Islamisten töteten damals über 200 Menschen. Kurz zuvor hatte ich in Indonesien meine Tätigkeit als Botschafter aufgenommen. Das war tragisch. Drei Schweizer starben. Ein junges Pärchen und ein Student. Zudem wurden mehrere Schweizer verletzt. Eine junge Frau aus Lausanne etwa, deren Gesicht vom Brand komplett versehrt war. Ich unterstützte in dieser Zeit die Familien vieler Opfer. Zwei Jahre später, im Dezember 2004, folgte der Tsunami, dem unzählige Menschen zum Opfer fielen. Das war eine sehr intensive Zeit. Die Schweiz engagierte sich stark für die Opfer. Das Ganze war eine Tragödie.

Weltwoche: Was zeichnet einen guten Botschafter aus?

Martin: Man braucht viel Empathie und Einfühlungsvermögen. Es waren stets die menschlichen Begegnungen, die Beziehungen, die mich am meisten berührt haben. Sie haben meinen Job bereichert. Das Wichtigste ist: Als Botschafter muss man stets für seine Landsleute da sein.

Weltwoche: In Indonesien begegneten sie Tariq Ramadan. Kritiker bezichtigten ihn als Vordenker des Islamismus.

Martin: Tariq Ramadan hatte seinen Pass verloren. Sein Bruder rief mich aus Genf an und fragte mich, ob ich ihm helfen könne. Schliesslich sei er Schweizer. Selbstverständlich kam ich dem nach. Ich traf Ramadan, der heute wegen Vergewaltigungsvorwürfen unter Beschuss steht. Damals war er sehr populär. Er hielt eine Konferenz ab, in der er die These vertrat, dass der Islam und Demokratie vereinbar seien. Seine Frau war komplett verhüllt. Wir verstanden uns gut. Später erfuhr ich, dass Katar die Konferenz finanziert hatte.

Weltwoche: In Südafrika trafen Sie Nelson Mandela, wenige Monate nachdem er aus dem Gefängnis gekommen war.

Martin: Mandela war die Person, die mich am meisten beeindruckt hat. Ich konnte eine halbe Stunde mit ihm sprechen, nach seiner Freilassung im Februar 1990. Er war damals schon über siebzig Jahre alt. Ich verglich das Ganze mit der Auferstehungsgeschichte von Jesus an Ostern. Mandela die Hand zu schütteln, physischen Kontakt mit ihm zu haben und ihn sprechen zu hören: Das war faszinierend. Mandela ist eine Ikone, ein aussergewöhnlicher Mensch in der Geschichte der Menschheit.

Weltwoche: 1990 besuchte Mandela als erstes Land die Schweiz. Auch dank Aussenminister René Felber. Er beeindruckte Sie ebenfalls.

Martin: Ich habe gerne mit Felber zusammengearbeitet. Für mich verkörperte er Humanismus gepaart mit starken Überzeugungen. Er war entschlossen, diese in die Tat umzusetzen.

Weltwoche: Überzeugt war er auch von einem EU-Beitritt.

Martin: Ich auch. Das Scheitern der EWR-Abstimmung 1992 kann man Felber wahrscheinlich zu Recht vorwerfen. Er war es, der den Bundesrat dazu motivierte, ein EU-Beitritts-Gesuch einzureichen. Das waren seine Überzeugungen.

Weltwoche: Heute stehen Sie der EU sehr kritisch gegenüber.

Martin: Ich sah die EU lange als eine Art Friedensmaschine. Inzwischen ist die EU auf dem Kriegspfad unterwegs. Da muss man sich nur die Ukraine anschauen. Das kann ich nicht akzeptieren. Ich sprach mich lange für einen EU-Beitritt aus. Heute bin ich ein entschiedener Gegner davon. Ich bin für technische Abkommen, so dass die Schweizer Unternehmen in der EU keine Nachteile erdulden müssen. Politisch hat die EU der Schweiz nicht dreinzureden.

Weltwoche: Wie ist es zu diesem Meinungs-umschwung gekommen?

Martin: Ob Personenfreizügigkeit oder Schengen: Bisher haben wir das alles akzeptiert. Das neue Rahmenabkommen 2.0 stellt jedoch eine Grenzüberschreitung dar, es geht deutlich weiter. Die Schweiz müsste das EU-Recht «dyna-

misch» übernehmen. Die Stimmbürger, davon bin ich überzeugt, werden das nicht akzeptieren. Das dürfte auch der Politik klar sein. Die Schweizer Bürger sind nicht dumm. Die EU befindet sich auf dem absteigenden Ast. Es lohnt sich nicht mehr, ein Teil Brüssels zu sein.

Weltwoche: Warum nicht?

Martin: In der EU herrscht ein gravierendes Demokratiedefizit. Trotzdem sind noch immer viele von Brüssel begeistert. Innerhalb der politisch-medialen Eliten hat sich die Meinung zugunsten der EU geändert. Man ist der Meinung, dass die EU gemeinsam mit der Nato unsere Sicherheit gewährleisten könnte. Die EU-Aussenpolitik ist bellizistisch.

Vorangetrieben wird diese von Leuten wie Charles Michel, dem Präsidenten des Europäischen Rates, und der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Letztere hat ihren Job nur dank Washington und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron erhalten. Wir dürfen uns der EU auf keinen Fall annähern: Tun wir das, begeben wir uns auf Kriegskurs. Ich bin überzeugt: Das Volk will das nicht.

Weltwoche: Micheline Calmy-Rey, Ihre ehemalige Chefin und Ex-Aussenministerin, sagte kürzlich, die Schweiz müsse über eine EU- und eine Nato-Mitgliedschaft nachdenken.

Martin: Calmy-Rey hat viel für den Frieden getan. Verhandlungen und echte Diplomatie standen bei ihr immer im Mittelpunkt. Dass sie nun einen möglichen Nato-Beitritt ins Spiel bringt, macht mich fassungslos. Da fehlt mir das Verständnis. Gerade auch aufgrund ihres sozialdemokratischen Hintergrunds. Bürgerliche beschuldigten im Kalten Krieg die SP und ihre Genossen, gemeinsame Sache mit Moskau

«Ich sprach mich lange für einen EU-Beitritt aus. Heute bin ich ein entschiedener Gegner davon.»

zu machen. Man stellte sie als nützliche Idioten der Kommunisten dar. Heute herrscht in linken Parteien wie der SP und bei den Grünen eine echte Russophobie vor. Sie haben Russland, der stärksten Atommacht der Welt, den Krieg erklärt. Wie sie diese Macht besiegen wollen, das sagen sie uns nicht.

Weltwoche: Calmy-Rey ist doch bloss ein Symptom. Auch in der EU blicken viele ähnlich auf den Konflikt in der Ukraine.

Martin: Europa existiert nicht mehr. Politisch ist der Kontinent tot. Die EU agiert in politischer Hinsicht bloss noch als Marionette der USA. Spätestens seit 2014, als der Krieg in der Ukraine begonnen hat, bewegt sich Europa komplett in die falsche Richtung. Was jetzt geschieht,



«Akt der Rebellion»:
Georges Martin.

dient nicht den Interessen Europas. Es fehlen die Leader-Figuren. «Europa hat keine Telefonnummer», sagte Henry Kissinger. Er hatte recht. In der Welt der Diplomatie nimmt die EU niemand ernst. Die EU ist eine aufgeblasene Organisation. Es gibt keinen Jacques Chirac mehr. Es gibt keinen Charles de Gaulle mehr. Chirac hatte 2003 noch die Kraft, den USA die Stirn zu bieten und nein zu sagen. Damals beteiligte sich Frankreich nicht am Irakkrieg. De Gaulle sagte schon zu Beginn des Kalten Krieges sinngemäss: In Zukunft werde Washington für Europa zum Problem werden. In den USA sah er eine arrogante, imperialistische Grossmacht. Macron brachte es auf den Punkt, als er 2019 sagte, dass die Nato hirntot sei. Macron ist zwar kein Fan der USA, aber er ist auch kein de Gaulle. Die etablierten Parteien sind heute alle auf der Linie der USA – ganz egal, ob sie politisch links- oder rechtsstehend sind.

Weltwoche: Gilt das auch für die deutsche Regierung? Wie schätzen Sie diese ein?

Martin: Von Bundeskanzler Olaf Scholz müssen wir nicht reden. Die USA haben die Nord-Stream-Pipelines zerstört. Was macht die deutsche Regierung? Sie schweigt. Bis zur Ära Schröder verfolgte Berlin seine Interessen. Ein Willy Brandt war bemüht darum, enge Beziehungen zu den Sowjets zu pflegen. Das ist vorbei. Heute ist Deutschland ein Vasall der USA. Die deutschen Eliten sind aufs engste mit den USA verflochten, in Organisationen wie der Atlantik-Brücke. Hastings Lionel Ismay, der erste Generalsekretär der Nato, sagte über die Aufgaben der Nato: «Die Amerikaner drinnen, die Russen draussen halten – und die Deutschen am Boden.» Daran hat sich wenig geändert.

Weltwoche: In Ihrem Buch zitieren Sie François-Auguste Mignet. Er sagte: «Der wahre Urheber des Krieges ist nicht derjenige, der ihn

erklärt, sondern derjenige, der ihn notwendig macht.» Wer hat den Krieg, der heute wieder in Europa tobt, notwendig gemacht?

Martin: Es ist gefährlich, Grossmächte zu demoralisieren und zu erniedrigen. Das wissen wir aus der Geschichte. Die Grundlagen für den Zweiten Weltkrieg sind unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Versailler Vertrag geschaffen worden. Das war kein Friedensvertrag. Sondern eine Demütigung für Deutschland. Nach dem Zweiten Weltkrieg schuf man eine bessere Ausgangslage, auch wenn sie alles andere als perfekt war. Es folgte der Kalte Krieg, den der Westen gewann. Viele fassten den Untergang der UdSSR als eine Befreiung Russlands auf. Doch das war es nicht. Moskau litt nach dem Untergang des

kommunistischen Sowjetreiches. Der Westen hat das mit Russland getan, was man 1918 mit Deutschland gemacht hatte. Er demütigte das Land. Man hätte gemeinsam mit Russland eine Friedensarchitektur schaffen müssen. Genau das schwebte auch Michail Gorbatschow während der letzten Tage seiner Präsidentschaft vor. François Mitterrand stand dem positiv gegen-

«Viele meiner Kollegen haben sich ihr ganzes Leben lang dem Frieden gewidmet. Nun schweigen sie.»

über. Stattdessen hat man Moskau den Rücken gekehrt. Nach dem Zerfall der UdSSR hat sich die Nato rapide gegen Osten in Richtung Russland ausgedehnt. Obwohl man Russland versprochen hatte, das nicht zu tun.

Weltwoche: Wäre es besser gewesen, die Nato nach dem Kalten Krieg aufzulösen?

Martin: Auf jeden Fall. Das war aber nicht im Interesse der USA. Zu Beginn der 2010er Jahre leitete ich die Abteilung «Internationale Sicherheit» im EDA, die heute Gabriel Lüchinger innehat, der jüngst die Bürgenstock-Konferenz organisiert hat. In dieser Zeit organisierte ich mehrere Treffen mit Vertretern aus der ganzen Welt. Dabei waren stets hochrangige Kader aus Russland, China, der Nato sowie auch aus dem globalen Süden. Im EDA waren wir überzeugt, am Anfang einer neuen, positiven Periode der Geschichte zu stehen, in der die gesamte nördliche Hemisphäre zusammenfinden werde.

Weltwoche: Es kam anders.

Martin: Nato-Vertreter sagten mir damals sinngemäss, und jetzt müssen Sie sich warm an-

ziehen: Die einzige Überlebenschance der Nato ist es, zwischen dem Nachfolger der UdSSR und Westeuropa wieder eine Atmosphäre der Spannung zu schaffen. Geschehe dies nicht, so seien die Tage der Nato gezählt. Für mich war klar: Nun werden die Bedingungen für einen Waffengang gegen Russland geschaffen, das sagte ich auch immer klipp und klar. Ein Nato-Vertreter sagte mir gegenüber einmal: «Wir nehmen das in Kauf.» Russland müsse das hinnehmen.

Weltwoche: Nicht nur in den Nato-Staaten, auch in der Schweiz hat sich der Ton gegenüber Russland verschärft. Aussenminister Ignazio Cassis verzichtete darauf, Russland zum Gipfeltreffen auf dem Bürgenstock einzuladen. An der jährlichen Botschafterkonferenz, die kürzlich stattfand, klopfen sich die EDA-Spitzen gegenseitig auf die Schultern. Staatssekretär Fasel soll in einer E-Mail geschrieben haben, der Bürgenstock-Anlass sei «absolute Weltklasse» gewesen und werde «in die Geschichtsbücher eingehen».

Martin: Viele im EDA bezweifeln, dass Fasel der Autor dieser Zeilen ist.

Weltwoche: Trotzdem: Cassis und Co. verklären die Konferenz. Sie hingegen werfen Cassis vor, die Verfassung gebrochen zu haben.

Martin: Ich weiss von hochrangigen EDA-Mitarbeitern, die das ebenso sehen. Andere erkenne ich nicht wieder. Viele meiner Kollegen haben sich ihr Leben lang dem Frieden gewidmet. Nun schweigen sie. Schlimmer noch: Diejenigen, die sich äussern, sind zu Kriegsbefürwortern mutiert. Sie verraten ihren Berufsstand. Unter dem Vorwand, dass die Schweiz sich den neuen Gegebenheiten anzupassen habe, geben sie unsere Neutralität preis. Die Schweizer Aussenpolitik im Zusammenhang mit der Ukraine und der Bürgenstock-Konferenz ist eine Schande. Cassis ist verpflichtet, die Neutralität hochzuhalten. Das ist der Verfassungsauftrag. Doch der Aussenminister hält nichts von der Neutralität. Die Lage ist ernst. Im EDA brodeln es zwischen Basis und Chefetage gewaltig.

Weltwoche: Sollte Cassis zurücktreten?

Martin: In einem normalen Land hätte Cassis längst zurücktreten müssen.

Weltwoche: Was sind die Folgen dieser Aussenpolitik für die Schweiz?

Martin: Damit wird die Sicherheit der Schweiz gefährdet. Wir geraten ins Kreuzfeuer anderer Staaten. Und wir dürfen nicht vergessen: Die Gefahr eines Atomkrieges in der Ukraine ist riesig. Das macht die einseitige Parteinahme umso gefährlicher. Die Schweiz müsste dringend einen Beitrag zur Deeskalation leisten.

Weltwoche: Wie ist das möglich, dass sich der Schweizer Aussenminister dermassen von einer Seite einspannen lässt?

Martin: Cassis bunkert sich ein. Er lebt in einer Blase. Das Ganze nimmt schon fast paranoide Züge an. Der Aussenminister hat bloss einen kleinen Kreis von Beratern, auf die er hört. Was er nicht hören will, ignoriert er. Eine



«Es waren schöne Jahre»: mit Angelina Jolie.



„Die Ölpreise steigen“.

zentrale Rolle spielt sein Generalsekretär Markus Seiler, der ehemalige Chef des Nachrichtendienstes. Cassis verliert den Kontakt zur Realität. Nur so ist auch das Scheitern der Bürgerstock-Konferenz zu verstehen. Man hätte diese niemals in dieser Form durchführen dürfen.

Weltwoche: Cassis ist doch nicht so wichtig. Er ist eingebettet in einen riesigen Beamtenapparat, der die Marschrichtung vorgibt. Diese lautet nun: Die Schweiz muss näher an die westlichen Organisationen angebunden werden.

Martin: Das sah man im Zuge der Affäre Jean-Daniel Ruch, der als Staatssekretär für Sicherheitspolitik im VBS vorgesehen war. Der tiefe Staat hat ihn zu Fall gebracht.

Weltwoche: Was soll das sein, der tiefe Staat?

Martin: Der tiefe Staat hat kein Gesicht, er ist eine Art unsichtbare Regierung. Ihm gehören einflussreiche Bürokraten in der Verwaltung an. Menschen, die interne Papiere verfassen für

«Der tiefe Staat hat kein Gesicht, er ist eine Art unsichtbare Regierung. Man darf ihn nicht unterschätzen.»

die Bundesräte. Man darf den tiefen Staat nicht unterschätzen. Er machte sich auch bemerkbar beim Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW). Bis heute hat die Schweiz diesen Vertrag nicht unterschrieben. Calmy-Rey setzte sich schon vor vielen Jahren als Aussenministerin für diesen Vertrag ein. Das Parlament hat der Regierung den Auftrag erteilt, ihn zu ratifizieren. Man hat Angst, die Nato zu verärgern. Den Einfluss des tiefen Staates bekam ich während meiner Zeit im EDA hautnah zu spüren.

Weltwoche: Es gibt noch ein anderes Thema, bei dem Sie ebenfalls gleicher Meinung sind wie Calmy-Rey. Die Ex-Aussenministerin forderte schon vor Jahren, dass die Schweiz Palästina als Staat anerkennen solle.

Martin: Die Schweizer Nahost-Aussenpolitik ist auf dem Holzweg. Bern hat sich komplett von Israel einspannen lassen. Sowohl Israel als auch Palästina haben ein Recht auf einen eigenen Staat. Fast die gesamte Welt sieht das so. Die meisten Länder haben deshalb Palästina als Staat anerkannt. Die Schweiz tut das bis heute nicht! Unter Aussenminister Cassis ist die Aussenpolitik noch israelfreundlicher geworden.

Weltwoche: Hängt das mit dem Schweizer Aussenminister zusammen?

Martin: Als Parlamentarier war Cassis Vizepräsident der parlamentarischen Gruppe Schweiz-Israel. Er ist stark proisraelisch eingestellt. Genau so wie im Ukraine-Krieg hat die Schweiz im Israel-Palästina-Konflikt einseitig Partei ergriffen für Israel. Die Schweiz macht das, was die US-Regierung will. Das sah man auch bei der UNRWA. Die Schweiz hat ihre Beiträge für das Flüchtlingshilfswerk der Uno gekürzt. Die Organisation war Cassis schon immer ein Dorn im Auge. Ich halte auch das Verbot der Hamas für Schwachsinn. Solche Massnahmen machen die Schweiz bloss unsicherer. Wenn Bern eine Hamas und künftig vielleicht auch die PKK und andere Organisationen verbietet, wird die Schweiz bloss zur Zielscheibe.

Weltwoche: Wegen Ihrer Kritik im Israel-Palästina-Konflikt haben Sie zuletzt auch schon Gegenwind zu spüren bekommen.

Martin: Die Stiftung Mercator bezichtigte mich des Antisemitismus. Mein Vergehen? Ich hatte einen Artikel des israelischen Historikers Daniel Blatman auf LinkedIn geteilt. Darin kritisierte Blatman die israelische Regierung. Er schrieb, dass ihn die Fehlentwicklungen in der Netanjahu-Ära an das Deutschland der 1930er Jahre erinnerten. Deswegen erhielt ich von einem Mercator-Mitarbeiter ein harsches Telefonat. Ich verlor mein Amt als Schweizer Rektor, das ich acht Jahre für Mercator innegehabt hatte.



Wie Jesus an Ostern: mit Nelson Mandela.

Weltwoche: Nochmals zur Neutralität: Haben es nicht auch frühere Schweizer Aussenminister damit nicht so genau genommen? Von Felber bis Burkhalter haben Sie alle miterlebt.

Martin: Wir hatten eine aktive, neutrale Aussenpolitik. Im Ausland respektierte man uns. Seit Cassis 2017 übernommen hat, ist das nicht mehr

der Fall. Im Ausland nimmt man die Schweiz nicht mehr ernst. Man weiss nicht mehr, wofür die Schweiz steht. Sie ist unberechenbar geworden. Der Bundesrat hat die Neutralität verkauft. Wenn man von kleinen Staaten als nicht neutral wahrgenommen wird, ist das nicht so

schlimm. Doch nun haben wir ein echtes Problem. Grossmächte wie die USA und Russland sehen uns nicht mehr als neutral an.

Weltwoche: Wie stehen Sie zur Neutralitätsinitiative?

Martin: Ich bin inzwischen überzeugt: Mit der Initiative können wir Cassis und den Bundesrat stoppen, die uns in Richtung Nato führen. Die Initiative ist

sehr wichtig. Ich hoffe, sie wird erfolgreich sein.

Weltwoche: In den USA stehen in diesem Jahr die Wahlen an. Donald Trump, der ein Attentat überlebt hat, könnte wieder ins Weisse Haus einziehen. Eine Gefahr?

Martin: Wenn ich amerikanischer Bürger wäre, würde ich Trump wählen. Trump verfolgt mit Blick auf China zwar auch eine aggressive Aussenpolitik. Doch insgesamt ist er im Gegensatz zum Demokraten Joe Biden viel weniger interventionistisch. Trump will die USA nicht noch in weitere Kriege stürzen und die amerikanische Hegemonie nicht noch weiter ausdehnen. Der Politik der amerikanischen Neokonservativen kann Trump wenig abgewinnen.

Weltwoche: In Europa sorgt Viktor Orbán für Aufsehen. Er hat eine Friedensmission lanciert und mit den Konfliktparteien im Ukraine-Krieg gesprochen. Was halten Sie davon?

Martin: Heute stehe ich in vielerlei Hinsicht einem Orbán näher als meinen ehemaligen linken Weggefährten. Für Letztere verkörpert Orbán den absoluten Horror. Es ist wichtig, dass er sich für die Ukraine einsetzt, um das Töten zu beenden. Man muss aber auch anmerken: Orbán ist ein Meister der Kommunikation. Wenn er sagt, dass er in Ungarn das Christentum gegen den Islam verteidigt und eine Mauer baut, dann habe ich wiederum meine Bedenken.

Weltwoche: Früher litten Sie im katholischen Wallis unter der Enge und den antiprogressiven Werten. Heute könnte man den Eindruck bekommen, dass Sie zuweilen an Ihren ehemaligen linken Mitstreitern verzweifeln.

Martin: Viele 68er sind falsch abgebogen. Daniel Cohn-Bendit ritt später auf jeder modischen Welle. Andere machten ein Vermögen. Heute hört man nichts mehr von ihnen. Die 1968er Bewegung hat keine neuen Menschen hervorgebracht. Im Gegensatz zu den Linken, denen ich eine Zeitlang folgte, bin ich meinen Werten treu geblieben. Ich verstand unter einer Revolution immer Pazifismus. Die Verteidigung des Friedens. Das ist auch ein christlicher Wert.



Humanismus: mit Bundesrat Felber (sitzend).

Georges Martin: Une vie au service de mon pays. Slatkine. 400 S., Fr. 35.–